

Verbraucherschützer und **Die Linke** wollen den **Terminhandel mit Getreide und Ölsaaten** verbieten oder zumindest einschränken. Seit dem **Krieg in der Ukraine** nimmt die Kritik an Termingeschäften zu. Diese entbehre jeglicher wissenschaftlicher Grundlage, meinen **Ökonomen von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**.

Geld scheffeln mit Weizen?

Spekulation mit Nahrungsmitteln erneut in der Kritik – Misstrauen entbehrt wissenschaftlicher Grundlage

VON AXEL MÖNCH

BRÜSSEL. Wie immer, wenn die Preise für Agrarrohstoffe durch die Decke gehen, kommt Kritik an der Spekulation mit Nahrungsmitteln auf. Doch Ökonomen aus Halle halten dagegen.

Die Linke möchte den Terminhandel mit Getreide und Ölsaaten am liebsten ganz verbieten. „Es braucht ein klares Verbot, damit nicht durch künstliche Verknappung mit steigenden Preisen zusätzlicher Profit gemacht und Hungersnöte verschärft werden“, erklärte die Vorsitzende der Linken, Janine Wissler. „Hunger als Investment“ titelt *Der Spiegel* auf seiner Homepage.

Vorwurf der Profitgier

Die Organisation Foodwatch möchte zumindest Wetten auf die Preisentwicklung von Agrarrohstoffen einschränken. Vor allem sollen Positionslimits die Spekulation begrenzen, fordern die Verbraucherschützer von Foodwatch. Kritiker des Terminhandels behaupten grundsätzlich, die Preissprünge an den Börsen seien nicht allein auf die Knappheit von Getreide am Markt zurückzuführen. Stattdessen sollen Anleger oder Hedgefonds, die besonders in Krisenzeiten auf steigende Preise setzen, den Preisanstieg durch ihr Verhalten noch verschärfen, lautet der Vorwurf. Finanzwetten auf steigende Rohstoffpreise befeuern die Preise zusätzlich, kritisierte Foodwatch kürzlich erneut vor dem Hintergrund des Kriegsgeschehens in der Ukraine.

Auch wenn die Kritik an Termingeschäften seit dem Krieg in der Ukraine zunimmt, entbehrt sie



Wetten auf die Preisentwicklung von Agrarrohstoffen stehen seit jeher in der Kritik. FOTO: NICHOLAS CAPPELLO/UNSPASH

Stichhaltige Belege, dass Wetten einen Einfluss auf die Entwicklung der Getreidepreise haben, fehlen.

doch einer wissenschaftlichen Grundlage. Ökonomen konnten bisher nicht stichhaltig belegen, dass die Wetten einen Einfluss auf die Entwicklung der Getreidepreise haben. Zumindest langfristig schwappten Blasenbildungen bei den Termingeschäften nicht auf den Kassamarkt über, ist Prof. Ingo Pies überzeugt. Der Wissenschaftler vom Lehrstuhl für Wirtschafts-

ethik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg geht davon aus, dass inzwischen die Befürworter der Termingeschäfte in der Debatte die Oberhand gewonnen haben und die Gegner auf dem Rückzug seien. In der Tat fordert Foodwatch mittlerweile kein Verbot der Spekulation mehr, sondern lediglich strenge Regeln für Warentermingeschäfte – quasi als Vorsorgeprinzip, um mögliche Risiken zu vermeiden.

Deutschland hat Bedenken

Das Misstrauen gegen den Terminhandel mit Getreide ist besonders in Deutschland ausgeprägt und hat dort seine Geschichte. Nachdem der Getreidepreis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lange Zeit einen Trend nach unten ver-

zeichnete, votierte 1896 eine Mehrheit im Reichstag für ein Verbot von Warentermingeschäften an der Berliner Börse. Ökonomen kritisierten das schon damals als Fehlentscheidung, die nach ihrer Ansicht von „Masseninstinkten“ ausgelöst wurde. In der Tat lag der Preisverfall seinerzeit an zunehmenden Getreideimporten aus Argentinien, den USA und Russland. Die ostpreußische Agrarlobby machte zu Unrecht den Terminhandel für den Preisverfall verantwortlich und war nach dem Verbot weiterhin der überseeischen Konkurrenz, die bessere Transportmöglichkeiten besaß, ausgesetzt.

Heute hingegen kommt die Kritik an der Spekulation kaum noch aus dem Agrarsektor. Stattdessen machen sich Linke, Grüne und Ent-

wicklungshilfeorganisationen wie Oxfam Sorgen um die hohen Nahrungspreise, die einkommensschwache Menschen besonders betreffen und im globalen Süden Hunger auslösen werden. In einem Verbot von Termingeschäften sehen sie ein Mittel, um die Entwicklung zu bremsen.

Vor allem die Professoren Thomas Glauben und Ingo Pies von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg halten dagegen. Sie verteidigen Termingeschäfte als Instrument zur Risikoabsicherung für Landwirte, Lagerhalter und Händler. Diese seien erst durch die Berechenbarkeit ihrer Gewinne bereit, zu investieren. Mit einer Reglementierung der Termingeschäfte würden auch die Vorteile schrumpfen, argumentieren die Wissenschaftler. Das von Foodwatch ins Spiel gebrachte Vorsorgeprinzip lehnen sie deshalb ab und halten es sogar für gefährlich, weil es Investitionen im Agrarsektor „behindere“.

Regeln kosten Liquidität

Grundsätzlich stellt sich eine Reglementierung des Terminhandels vor diesem Hintergrund als schwierig dar. Landwirte und Agrarhändler brauchen die Spekulanten zur Absicherung ihrer Ware. Die „bösen Spekulanten“ von der Börse zu drängen, wäre also kontraproduktiv, weil es den „guten Risikoabsicherern“ die notwendige Liquidität nimmt. Eine Einteilung von Anlegern an der Börse, Positionslimits und Finanztransaktionssteuern sind mögliche Reglementierungen, die nicht nur ihre Tücken haben, sondern auch mit größter Vorsicht behandelt werden sollten, solange die Kritik an Termingeschäften auf schwachen Füßen steht.

Pro & Kontra

Sollten Warenterminmärkte für Agrarrohstoffe stärker reguliert werden?



Martin Häusling

Abgeordneter der Grünen im Europaparlament
FOTO: EP

+ Agrarmärkte sind von jeher Preisschwankungen unterworfen. Deren Auswirkungen sind jedoch weltweit deutlicher denn je zu spüren, seitdem die Agrarliberalisierung multilateral vorangetrieben wird und Lagerbestände abgebaut werden. Die Weltagrarmärkte sind seitdem „finanzialisiert“, das heißt: Die Gesetzmäßigkeiten der Finanzmärkte und die Motive der Finanzakteure bestimmen und treiben – gerade auch jetzt – immer mehr die Preis-

entwicklung von Nahrungsmitteln wie Weizen, Mais und Soja. Wenn Preise in die Höhe schnellen, profitieren Investoren, doch die Ärmsten der Armen trifft es sofort und unmittelbar in ihrem Zugang zu Nahrung. Eine erneute Hungerkrise müssen wir verhindern. Weder schlechte Verteilung noch Spekulation darf zu Hungersnöten führen. Die FAO plant eine sogenannte „Global Food Import Financing Facility“ zur finanziellen Unterstützung der bedürftigsten Länder. Doch es findet sich in der Initiative kein Vorschlag zum Umgang mit Spekulationen. Wie sinnvoll ist es, wenn die FAO Gelder einsammelt, um anschließend – durch die Spekulation von Global Playern verursachte – überhöhte Preise für die Sicherstellung einer globalen Getreideversorgung zu zahlen?



Udo Hemmerling

Stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV)
FOTO: DBV

- Grundsätzlich sind Warenterminmärkte für Landwirte hilfreich, um sich gegen Preisschwankungen abzusichern. Einer repräsentativen Befragung zufolge haben 73 Prozent der Landwirte mit Rapsanbau Vorverträge mit dem Agrarhandel abgeschlossen. Bei Verkaufsgetreide waren es 46 Prozent der Landwirte (Angaben des Konjunkturbarometer Agrar aus 2021). Der Agrarhandel übernimmt dann in der Regel das „Hed-

ging“ dieser Vorverträge mit Landwirten. Eine Pauschalkritik an der „Agrarspekulation“ ist populistisch. Für Landwirte sind Warenterminmärkte eine Risikoabsicherung ihrer Ernten. Aktuell geht es um eine Absicherung gegen die stark gestiegenen Inputkosten für Düngemittel und Treibstoffe.

Für Warenterminmärkte bestehen bereits seit 2018 detaillierte EU-Vorgaben für Positionslimits, um Marktbeeinflussungen größerer Marktakteure auszuschließen (MiFID II). Eine international verlässlichere Erfassung der Getreidevorräte wäre sicherlich hilfreich, aber scheitert in der Realität vor allem an der Geheimniskrämerei und mangelnden Kooperation Chinas.